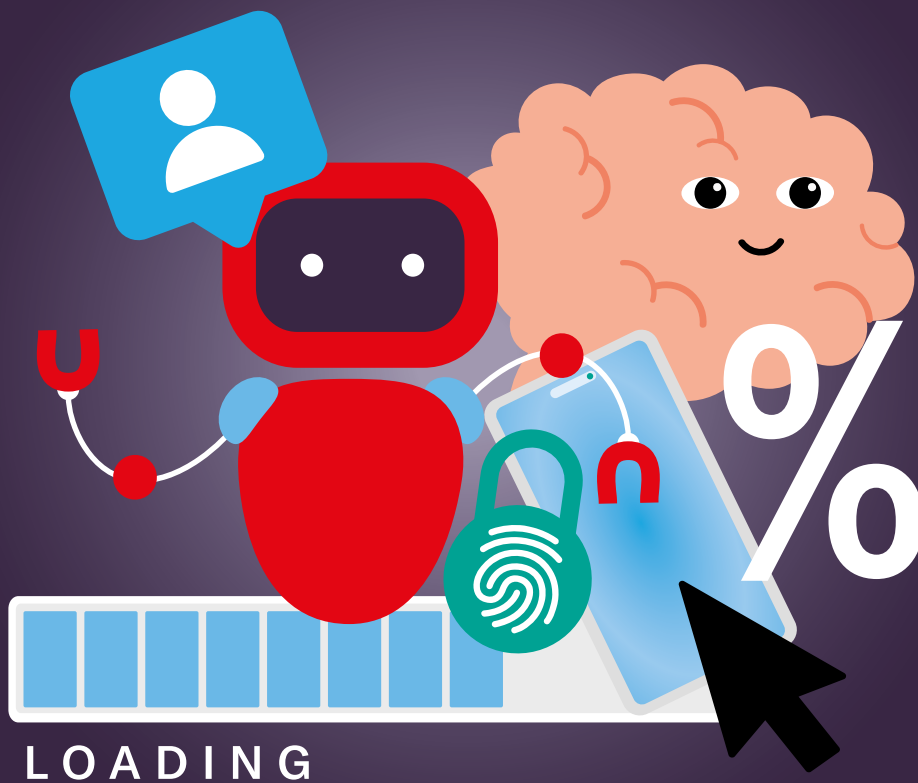


# KI in der öffentlichen Verwaltung

Schwerpunktbericht zum Thema  
künstliche Intelligenz im Rahmen der  
Nationalen E-Government-Studie 2025



<b>Einleitung</b>	3
<b>Wahrnehmung und Beurteilung von KI</b>	
→ Regulierung und Datenschutz	5
→ Erwartungen an Nachvollziehbarkeit und Transparenz von KI-Anwendungen	7
→ Vertrauen in KI und ethische Fragen	9
<b>KI in der Verwaltung</b>	
→ Schulung und Austausch zu KI in der Verwaltung	11
→ Hindernisse beim Einsatz von KI in der Verwaltung	13
<b>Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf</b>	14
Impressum	16

# Einleitung

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) koordiniert die Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden. In der Umsetzung orientiert sie sich an der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027».

Alle drei Jahre wird die **Nationale E-Government-Studie**<sup>1</sup> durchgeführt, um aktuelle Erkenntnisse zur Nutzung und Verfügbarkeit von elektronischen Behördenleistungen zu gewinnen. Für die Studie werden die Schweizer Bevölkerung, die Unternehmen und die Verwaltung zur Nutzung und **Umsetzung von digitalen Behördendiensten** befragt. In der aktuellen Ausgabe 2025 der Nationalen E-Government-Studie wurden zusätzliche Erhebungen zur Anwendung der generativen künstlichen Intelligenz (nachfolgend allgemein als KI bezeichnet) gemacht.

In der publizierten Studie wurden bereits erste **grundlegende Erkenntnisse** zu KI festgehalten:

- **Geringer Wissensstand in allen Zielgruppen**  
Der eigene Wissensstand zu KI wird von der Bevölkerung, den Unternehmen und der Verwaltung insgesamt als gering eingeschätzt.
- **Begrenzte Nutzung von KI**  
Der Einsatz von KI ist bei allen Akteuren noch wenig verbreitet. Zwei Drittel der Unternehmen setzen keine KI ein. Auch die Verwaltung nutzt KI meist nur in geringem Umfang.
- **Effizienzsteigerung**  
Sowohl in Unternehmen als auch in der Verwaltung wird KI vor allem für interne Anwendungen genutzt. Ziel dabei ist, Zeit zu sparen und Abläufe zu automatisieren. Unternehmen nutzen KI zusätzlich bei externen Dienstleistungen, um ihr Angebot zu erweitern und um ihr Image zu verbessern.

Im vorliegenden Schwerpunktbericht zum Thema KI wird die Wahrnehmung und Beurteilung von KI bei der Bevölkerung, den Unternehmen sowie der Verwaltung betrachtet.

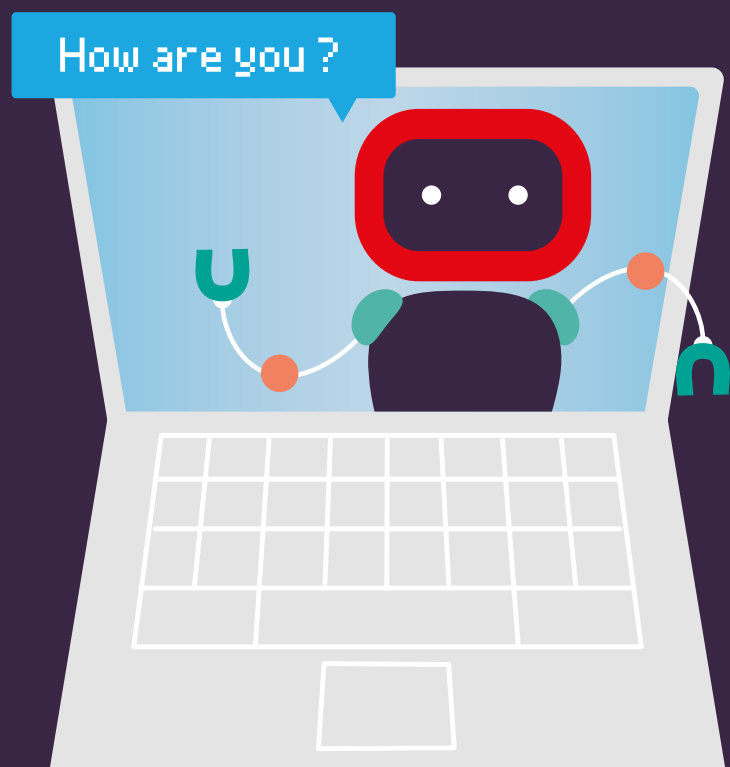
<sup>1</sup> Buess, M.; Amberg, H.; Büchler, C. (2025): Nationale E-Government-Studie 2025. E-Government in der Schweiz aus Sicht der Bevölkerung, der Unternehmen und der Verwaltung. DemoSCOPE AG und Interface Politikstudien Forschung Beratung AG, Adligenswil/Luzern, vgl. → [www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/publikationen/studien/nationale-e-government-studie-2025](http://www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/publikationen/studien/nationale-e-government-studie-2025), Zugriff am 16. Juni 2025.

Folgende **Beschreibung** der KI wurde in den ursprünglichen Erhebungen als Erläuterung verwendet.

### **Generative künstliche Intelligenz (KI)**

Generative künstliche Intelligenz umfasst einen Bereich der künstlichen Intelligenz, der sich auf die Erzeugung von Inhalten konzentriert. Am bekanntesten sind dabei sogenannte Sprachmodelle oder LLM (Large Language Models). Zu den LLMs gehören beispielsweise die Chatbots von ChatGPT, Gemini oder Midjourney sowie Übersetzungs- oder Rechtschreibhilfen wie DeepL oder DeepL Write. Der Hauptunterschied der generativen KI zu früheren Modellen liegt vor allem in ihrem Anwendungsbereich. Obwohl ein LLM weiterhin darauf abzielt, das nächste Wort in einem Satz vorherzusagen, ermöglicht diese Fähigkeit den Einsatz in der Führung von Kon-

versationen, dem Umformulieren von Texten, dem Stellen von Datenbankabfragen oder sogar dem Ziehen scheinbar logischer Schlüsse. Trotz feststellbarer kognitiver Fähigkeiten ist es wichtig, generative KI von allgemeiner künstlicher Intelligenz (AGI) abzugrenzen. AGI gilt als erreicht, wenn ein Modell die kognitiven Fähigkeiten des Menschen generell übertrifft. Auch Bildbearbeitungsprogramme wie Lensa oder Adobe Firefly, die KI nutzen, werden als generative KI verstanden. Nachfolgend wird aus Gründen der Einfachheit nur der Begriff KI verwendet, gemeint ist immer generative KI.



# Wahrnehmung und Beurteilung von KI

Nachfolgend wird anhand der Befragung dargelegt, wie Bevölkerung, Unternehmen und Verwaltung die Regulierung, die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz beim Einsatz von KI durch Behörden beurteilen.

## Regulierung und Datenschutz

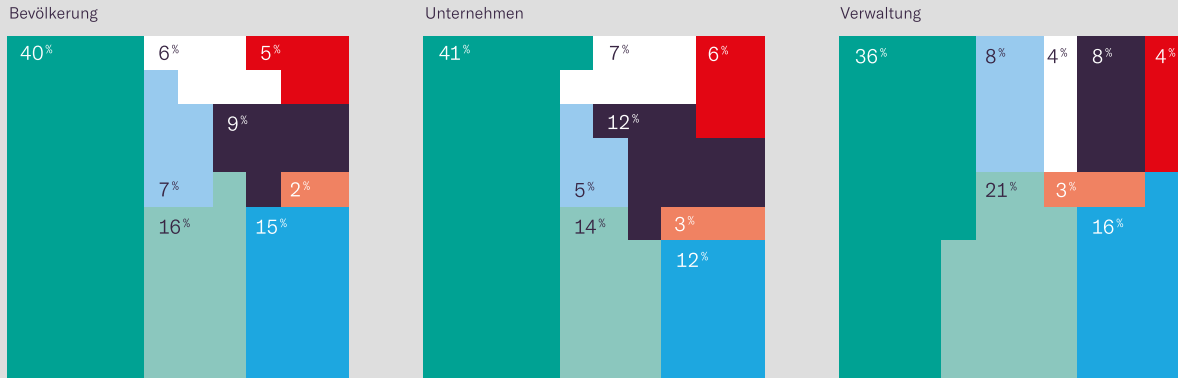
Die befragten Behörden aller Verwaltungsebenen betrachten eine Regulierung von KI-Anwendungen und -Technologien in Bezug auf deren Entwicklung und Einsatz als **staatliche Aufgabe**. Dieser Aussage stimmen 73% der Verwaltungsstellen (eher) zu. Auch die Bevölkerung (71%) und die Unternehmen (67%) stimmen der Aussage (eher) zu.

60% aller Befragten sind zudem der Ansicht, dass für Behörden beim Einsatz von KI-Anwendungen **strengere Auflagen** gelten sollen als für Unternehmen.

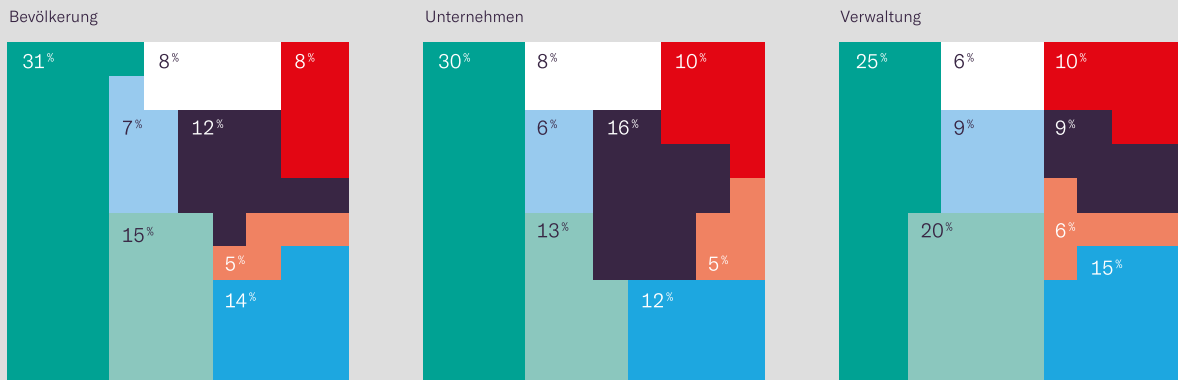
Rund 62% der Befragten aus der Bevölkerung und der Unternehmen haben auch grosse Bedenken bezüglich des **Datenschutzes**, wenn es um die Entwicklung und den Einsatz von KI-Systemen durch Behörden geht. Die befragten Behörden teilen diese Bedenken kaum (34%). In der Verwaltung sind die Mitarbeitenden von Bund und Kantonen deutlich skeptischer als die Mitarbeitenden der Gemeinden.

## 1. Inwiefern stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zum Einsatz von KI zu?

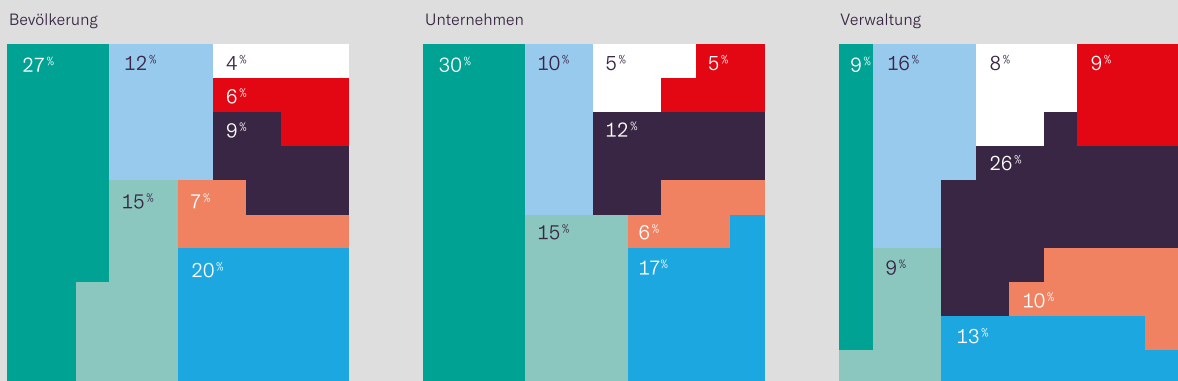
Es ist zwingend staatliche Aufgabe, die Entwicklung und den Einsatz von KI-Anwendungen/-Technologien durch Behörden und Unternehmen klar zu regeln/regulieren.



Für den Einsatz von KI-Anwendungen/-Technologien sollten bei Behörden strengere Auflagen gelten, als wenn private Unternehmen entsprechende KI-Anwendungen/-Technologien einsetzen.



Ich habe bezüglich der Entwicklung und des Einsatzes von KI-Systemen durch Behörden grosse Bedenken bezüglich des entsprechenden Datenschutzes.



■ 5 Stimme voll und ganz zu  
 ■ 4  
 ■ 3  
 ■ 2  
 ■ 1  
 ■ 0 Stimme überhaupt nicht zu  
 ■ Kann ich nicht beurteilen  
 ■ Weiss nicht / keine Antwort

**Legende** Basis sind alle befragten Personen, die das Internet nutzen (n = 2'106), alle Befragten von Unternehmen (n = 1'415) und der Verwaltung (n = 1'492). Aufgrund der Rundungen summieren sich die Prozentwerte nicht immer auf exakt 100 Prozent. Einzelne Angaben wurden daher leicht bearbeitet. Die genauen Zahlen finden sich unter → [onsurvey.demoscope.ch/WebProd/Resources/NEGOV25/Datensatz\\_Codebuch\\_egov25.zip](https://onsurvey.demoscope.ch/WebProd/Resources/NEGOV25/Datensatz_Codebuch_egov25.zip).

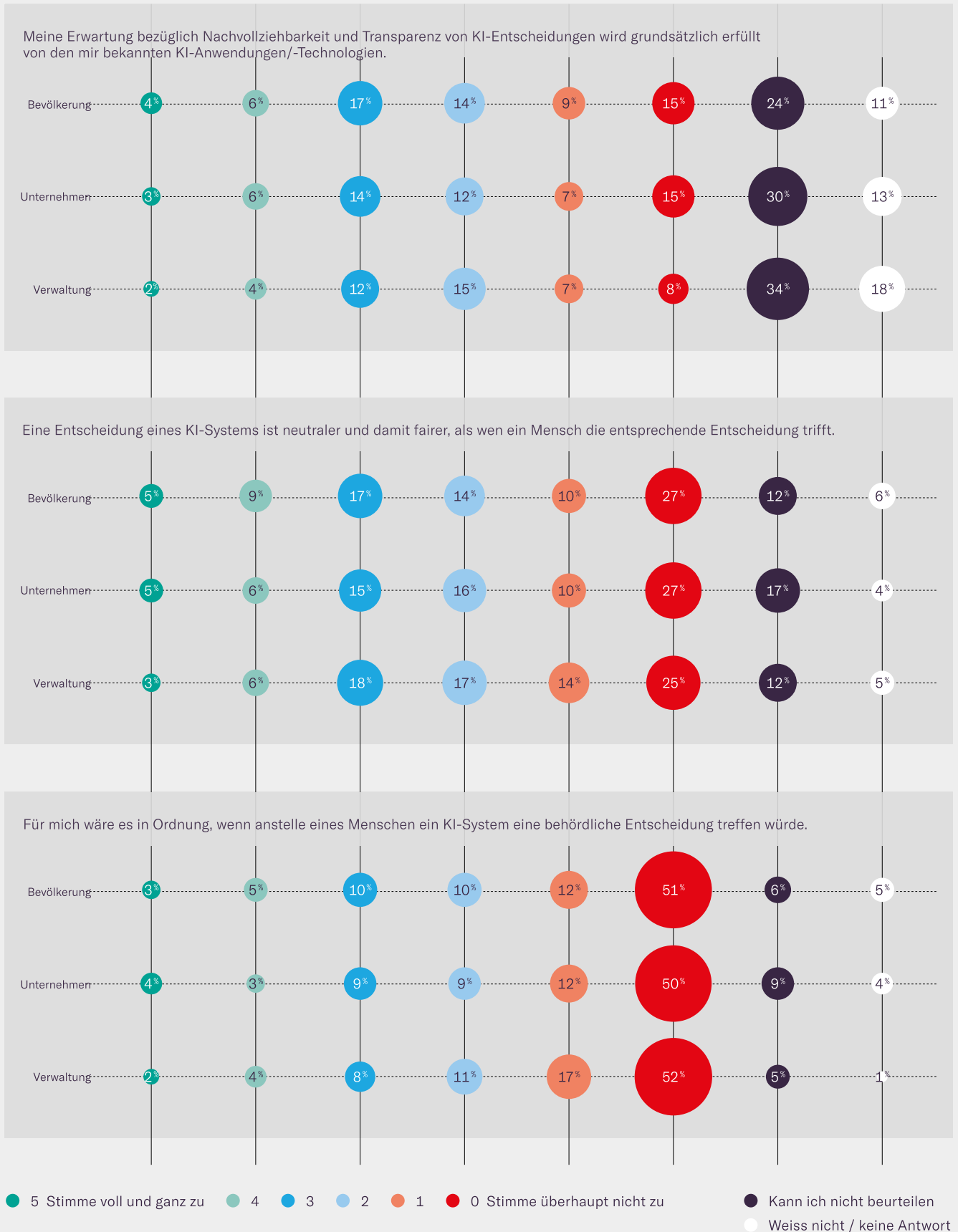
### **Erwartungen an Nachvollziehbarkeit und Transparenz von KI-Anwendungen**

Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Erklärbarkeit von KI sind gemäss den «Leitlinien künstliche Intelligenz für den Bund» Voraussetzungen für vertrauenswürdige KI.<sup>2</sup> Nur 27% der befragten Bevölkerung, 23% bei den Unternehmen und 18% bei der Verwaltung geben an, dass die Erwartungen bezüglich der **Nachvollziehbarkeit und Transparenz** von Entscheidungen erfüllt wer-

den. Nur wenige Befragte erachten die Entscheidungen einer **KI als neutraler oder fairer** als jene eines Menschen (Bevölkerung 31%, Unternehmen 26%, Verwaltung 27%). Noch skeptischer sind alle Befragten gegenüber der **vollständigen Übertragung behördlicher Entscheidungen** vom Menschen auf ein KI-System. Diese lehnt die Mehrheit sämtlicher Befragten ab (62%–69%).

<sup>2</sup> Bundesrat (2020): Leitlinien «Künstliche Intelligenz» für den Bund. Orientierungsrahmen für den Umgang mit künstlicher Intelligenz in der Bundesverwaltung. Bern, S. 49ff.

## 2. Inwiefern stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zur Übertragung von Entscheidungen an KI zu?



**Legende** Basis sind alle befragten Personen, die das Internet nutzen (n=2'106), alle Befragten von Unternehmen (n=1'415) und der Verwaltung (n=1'492). Aufgrund der Rundungen summieren sich die Prozentwerte nicht immer auf exakt 100 Prozent. Einzelne Angaben wurden daher leicht bearbeitet. Die genauen Zahlen finden sich unter → [onsurvey.demoscope.ch/WebProd/Resources/NEGOV25/Datensatz\\_Codebuch\\_egov25.zip](https://onsurvey.demoscope.ch/WebProd/Resources/NEGOV25/Datensatz_Codebuch_egov25.zip).



### Vertrauen in KI und ethische Fragen

Neben den Erwartungen an die Nachvollziehbarkeit und Transparenz von KI-Anwendungen wurde auch nach dem Vertrauen der Befragten für die Nutzung von KI gefragt. Aus Sicht der Befragten wird **ethischen Fragen** bei der Entwicklung und beim Einsatz von KI zu wenig Beachtung geschenkt – rund 50% der Befragten aller Zielgruppen teilen diese Ansicht.

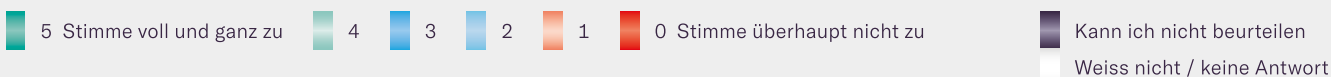
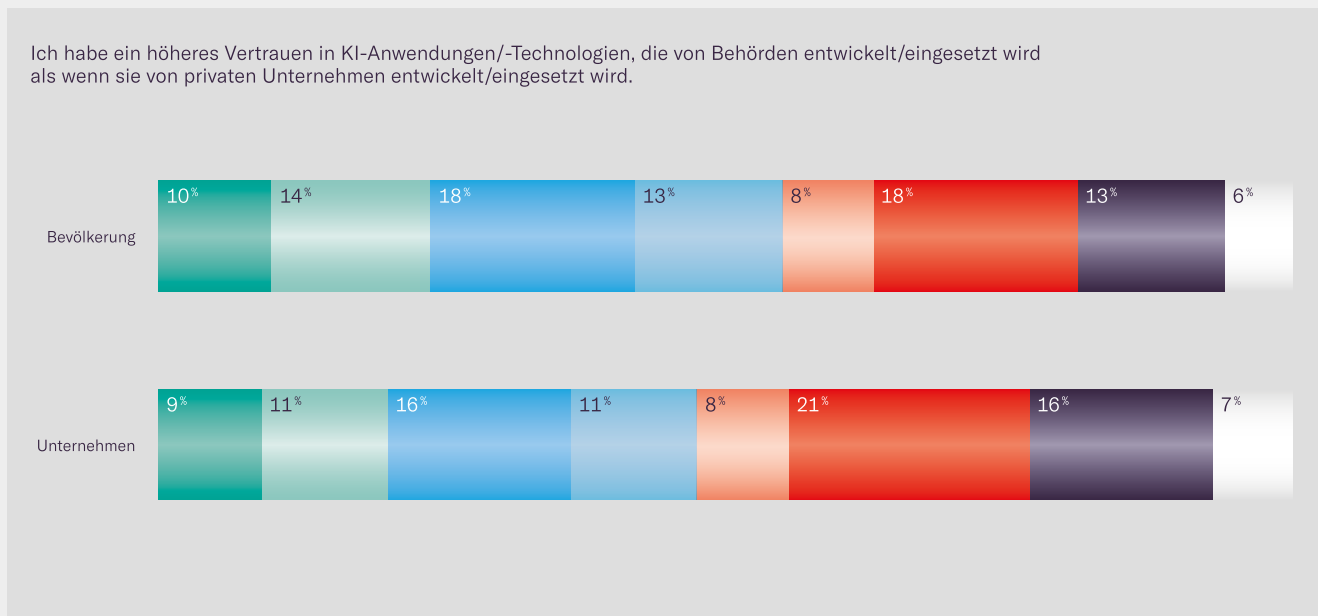
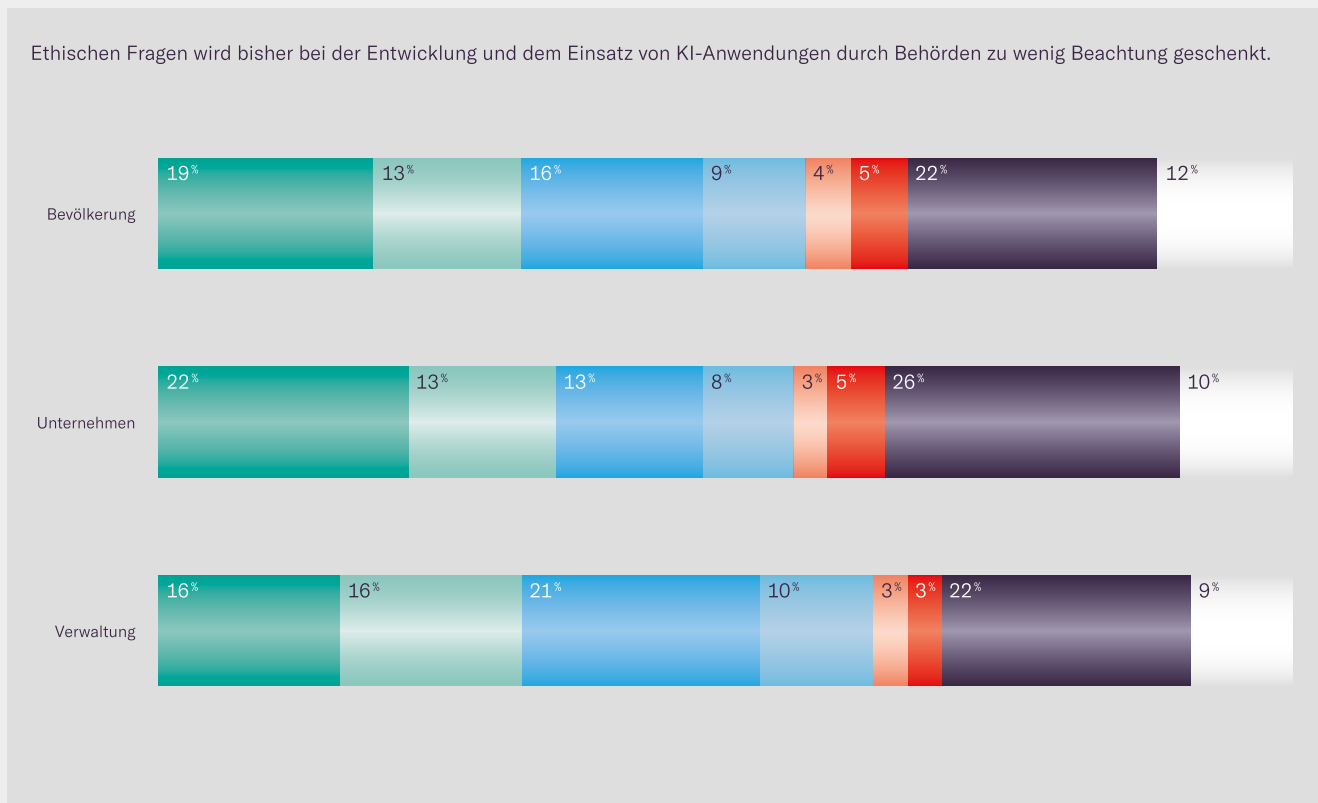
Zudem zeigt die Befragung, dass Unternehmen **weniger Vertrauen in KI-Entwicklungen von Behörden** haben als die Bevölkerung: 42% der befragten Einwohnerinnen und Einwohner vertrauen eher einer KI-Anwendung, wenn diese von Behörden entwickelt und eingesetzt wird (Unternehmen 36%). Im Gegensatz hierzu geben

jeweils rund 40% der Unternehmen und der befragten Bevölkerung dagegen an, dass sie **mehr Vertrauen in KI-Anwendungen und -Technologien** haben, wenn diese **von privaten Unternehmen** entwickelt oder betrieben werden.

Wie bereits in der Nationalen E-Government-Studie 2025 aufgezeigt, besteht bei allen Zielgruppen das Bedürfnis, im Hinblick auf den Einsatz von KI-Systemen **durch die Behörden aktiv einbezogen zu werden**. Bei Kantonen und Bund gibt es bereits teilweise solche Mitwirkungsmöglichkeiten. **Mehr Transparenz** könnte das Vertrauen in die Systeme stärken und die Mehrwerte der KI-Anwendungen aufzeigen.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Buess et al. 2025, S. 40.

### 3. Inwiefern stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu Vertrauen in die KI zu?



**Legende** Basis sind alle befragten Personen, die das Internet nutzen (n=2'106), alle Befragten von Unternehmen (n=1'415) und der Verwaltung (n=1'492). Erwartungen an Nachvollziehbarkeit und Transparenz von KI-Anwendungen. Aufgrund der Rundungen summieren sich die Prozentwerte nicht immer auf exakt 100 Prozent. Einzelne Angaben wurden daher leicht bearbeitet. Die genauen Zahlen finden sich unter → [onsurvey.demoscope.ch/WebProd/Resources/NEGOV25/Datensatz\\_Codebuch\\_egov25.zip](https://onsurvey.demoscope.ch/WebProd/Resources/NEGOV25/Datensatz_Codebuch_egov25.zip).

# KI in der Verwaltung

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Befragung der Verwaltungsvertretenden aller Behördenebenen dargestellt.

## Schulung und Austausch zu KI in der Verwaltung

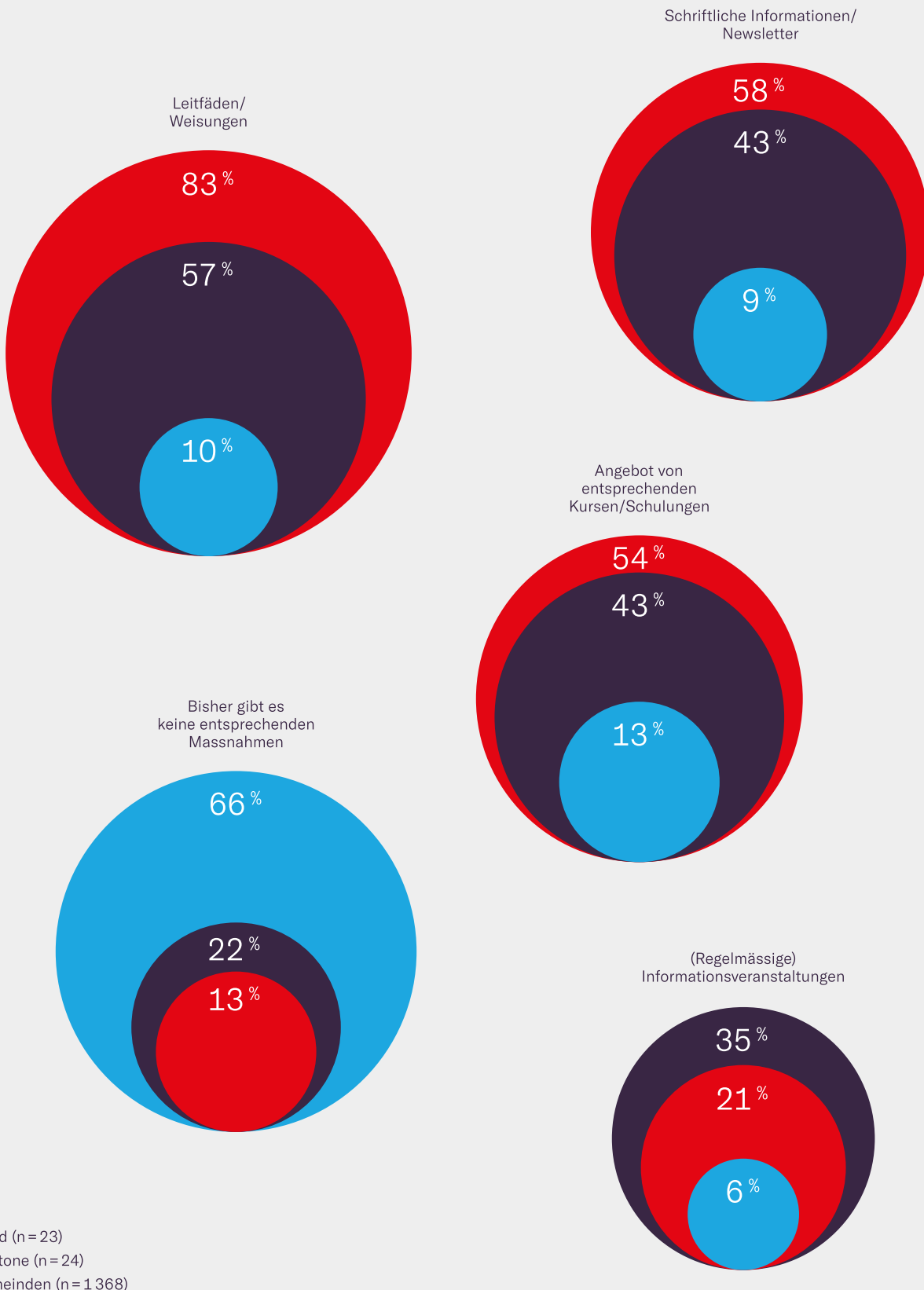
Ausgehend von den Studienergebnissen haben Bund, Kantone und Gemeinden bislang in **unterschiedlicher Intensität** Massnahmen ergriffen, um Verwaltungsmitarbeitende über Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen von KI zu informieren und zu schulen. Aktiv in der Schulungs- und Informationstätigkeit sind die **Kantone** (87%) und der **Bund** (78%). Am häufigsten kommen dabei Leitfäden, Weisungen oder andere schriftliche Informationen beziehungsweise Newsletter zum Einsatz. Auch Kursangebote und Schulungen sind gängige Massnahmen. Bei den **Gemeinden** ist das Thema derzeit noch wenig verbreitet. Gemeinden, die bereits ein Angebot für Schulungs- und Austauschformate zu KI haben, führen jedoch ebenfalls häufig Kurse und Schulungen durch. Regelmässige Informationsveranstaltungen werden vor allem auf **Bundesebene** angeboten.

Bei Verwaltungsstellen bestehen verschiedene Möglichkeiten zum Austausch über die Entwicklungen und den Einsatz von KI-Anwendungen: Vom Bund geben 61%, von den Kantonen 62% der Befragten an, dass grundsätzlich interne oder externe Austauschmöglichkeiten existieren. **Beispiele für verwaltungsinterne Austauschgremien** finden sich bei Bund und Kantonen. So hat beispielsweise die DVS mit dem «Koordinationsgremium Datenwissenschaft & KI» ein Gremium für die Koordination und den Informationsaustausch zwischen Kantonen und dem Bund geschaffen. In einem anderen Projekt der Kantone St.Gallen, Graubünden, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Thurgau und dem Fürstentum Liechtenstein bewerten die Akteure gemeinsam die Potenziale von KI.<sup>4</sup> Der Kanton Bern wie auch der Kanton Waadt unterhalten eigene interdepartementale Arbeitsgruppen zu KI.<sup>5</sup> In weiteren, kleineren, Kantonen oder Gemeinden sind solche institutionalisierten Austauschgefässe bisher seltener. Rund drei Viertel der Gemeindevertretenden gaben an, keine Angebote zum Austausch auf Ebene der Gemeinde zu kennen.

<sup>4</sup> Kanton St. Gallen (2025): Künstliche Intelligenz (KI), vgl. → [Ostschweiz und Liechtenstein prüfen KI in Verwaltung | sg.ch](#), Zugriff am 16. Juni 2025.

<sup>5</sup> Kanton Bern (2025): Künstliche Intelligenz (KI), vgl. → [www.sta.be.ch/de/start/themen/digitale-verwaltung/kuenstliche-intelligenz--ki-.html](#), Zugriff am 24. April 2025.  
Kanton Waadt (2025): Künstliche Intelligenz (KI), vgl. → [www.vd.ch/actualites/actualite/news/25171-intelligence-artificielle-la-deleguee-au-numerique-publie-rapport-dun-groupe-de-travail-interdepartemental](#), Zugriff am 16. Juni 2025.

4. Welche Massnahmen werden in Ihrer Behörde ergriffen, um sicherzustellen, dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Funktionsweise und potenziellen Auswirkungen von KI informiert und geschult sind?



● Bund (n=23)  
 ● Kantone (n=24)  
 ● Gemeinden (n=1368)

Legende Anzahl Befragte in Klammern.

### Hindernisse beim Einsatz von KI in der Verwaltung

Beim Einsatz von KI sind Behörden gemäss der Befragung mit drei grösseren Herausforderungen konfrontiert. Über alle Verwaltungsebenen hinweg stellen fehlende **Personalressourcen** die bedeutendste Herausforderung dar: Für 65 % der Befragten des Bundes, 75 % der Kantone und 38 % der Gemeinden ist Personalmangel das grösste Hindernis für den Einsatz von KI. Zweitgrösste Hürde ist die **Beschaffung**: Komplexe und langwierige Beschaffungsverfahren nennen 48 % der Befragten beim Bund, 50 % bei den Kantonen und 25 % bei den Gemeinden als Schwierigkeit.

Das dritthäufigste Problem ist die **fehlende Infrastruktur**, etwa unzureichende Rechenleistung. Dieses Hindernis wird von Bundesvertretenden (39 %) und Kantonsvertretenden (42 %) häufig genannt, während der Aspekt bei Gemeinden (17 %) eine weniger wichtige Rolle spielt. Dies könnte darauf hindeuten, dass viele Gemeinden (noch) nicht in einem Stadium sind, in dem technische Infrastruktur für KI oder generell Strategien für den Einsatz von (generativer) KI konkret benötigt werden.<sup>6</sup>

Insgesamt verdeutlicht die Auswertung, dass besonders die personelle und infrastrukturelle Ressourcenknappheit sowie administrative Hürden die Einführung und Nutzung von KI in der öffentlichen Verwaltung bremsen. Nicht zuletzt sind vermutlich auch rechtliche Fragen entscheidend für den Umgang mit KI in den Verwaltungen.<sup>7</sup> Die Unterschiede zwischen den Verwaltungsebenen deuten auf einen unterschiedlichen Reifegrad und Handlungsdruck im Umgang mit KI hin.

**Widerstände oder Einwände** aus der Bevölkerung oder der Wirtschaft zum Einsatz von KI-Systemen sind gemäss den Angaben der befragten Behörden eher selten. Die Kantonsvertretenden geben am häufigsten an (12 %), dass sie mit Beschwerden konfrontiert waren, wenn sie KI einsetzen wollten. Bund und Gemeinden verzeichnen wenige Beschwerden – beide setzen KI aber auch seltener ein als die Kantone. Auffallend ist, dass sich 40 bis 60 % der Befragten nicht zur Beschwerdelage äussern. Dies könnte darauf hindeuten, dass sie bisher wenig aktive Berührungspunkte mit KI hatten.

<sup>6</sup> Buess et al. 2025, S. 39f.

<sup>7</sup> Binder, N.; Spielkamp, M.; Egli, C.; Freiburghaus, L.; Kunz, E.; Laukenmann, N.; Loi, M.; Mätzener, A.; Obrecht, L.; Wulf, J. (2021): Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung: rechtliche und ethische Fragen. Schlussbericht vom 28. Februar 2021 zum Vorprojekt IP6.4. Universität Basel und AlgorithmWatch CH, Basel/Zürich, S. 21.

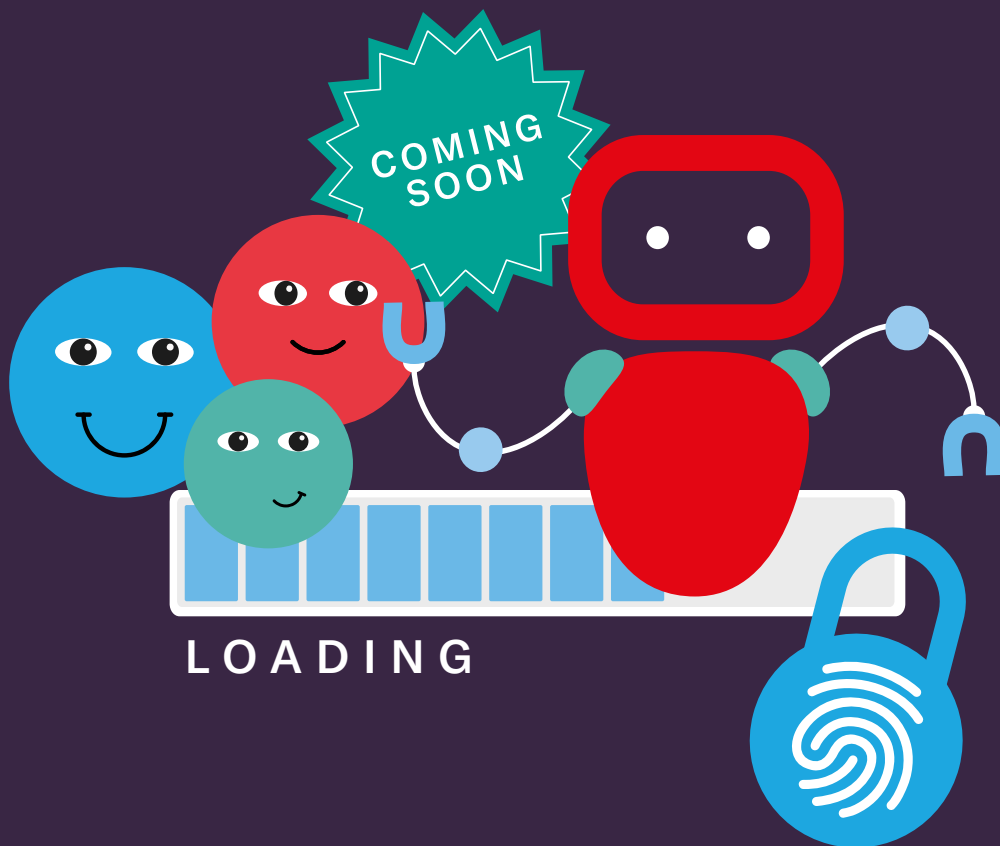
# Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf

Aus den dargestellten Befragungsergebnissen der Nationalen E-Government-Studie 2025 lassen sich nachfolgende Schlussfolgerungen für öffentliche Verwaltungen mit entsprechenden Handlungsbedarfen zum Umgang mit KI formulieren:

- **Thema positionieren**  
Obwohl eine grosse Zahl der Befragten auf viele der gestellten Fragen zu KI keine Auskunft geben konnte, scheint die Relevanz des Themas grundsätzlich bei den Befragten der Verwaltung angekommen zu sein.<sup>8</sup> Allerdings nutzen die Verwaltung, die Unternehmen und die Bevölkerung KI-Lösungen bislang mehrheitlich wenig bzw. noch nicht. Auch fehlt derzeit noch ein abgestimmtes Vorgehen mit strategischen Schwerpunktsetzungen.
- **Leitplanken setzen**  
Befragte aller drei Zielgruppen betrachten die Regulierung von KI als wesentliche Aufgabe. Es besteht Einigkeit, dass für Behörden strengere Vorgaben gelten sollten als für Unternehmen. Datenschutzbedenken sind in der Bevölkerung und bei Unternehmen stark ausgeprägt, während in der Verwaltung insgesamt weniger Bedenken geäussert werden.
- **Vertrauen stärken und Ethik adressieren**  
Beim Vertrauen zeigt sich ein differenziertes Bild: Unternehmen vertrauen eher privat entwickelten KI-Systemen, während die Bevölkerung mehr Vertrauen in staatlich entwickelte Anwendungen hat. Ethische Fragen werden aus Sicht aller Zielgruppen zu wenig beachtet.
- **Entscheidungsfindung hinterfragen**  
Die Erwartungen der Befragten an die Nachvollziehbarkeit und Transparenz von KI-Systemen werden mehrheitlich noch nicht erfüllt. Gleichermassen können Befragte ihre Erwartungen diesbezüglich auch nicht formulieren. Der Entscheid eines KI-Systems wird gleichzeitig nur selten als fairer empfunden als eine menschliche Entscheidung. Eine vollständige Übergabe behördlicher Entscheidungen an KI wird abgelehnt.
- **Einbezug der Zielgruppen**  
Befragte wünschen mehr Mitsprache beim KI-Einsatz in der Verwaltung. Der Einbezug der Zielgruppen ist aktuell gering, insbesondere dort, wo KI-Systeme und -Anwendungen wenig verbreitet sind.
- **Schulung und Austausch fördern**  
Schulungs- und Informationsmassnahmen und der Austausch zu KI werden bisher vor allem auf Bundes- und Kantonebene umgesetzt. Gemeinden sind deutlich seltener aktiv.
- **Umsetzung stärken**  
Grösste Hindernisse beim KI-Einsatz sind fehlende personelle Ressourcen, langwierige Beschaffungsprozesse und unzureichende Infrastruktur. Beschwerden aus den Zielgruppen zum KI-Einsatz sind bisher noch selten, was auch mit der begrenzten Verbreitung von KI-Systemen in der Praxis zusammenhängen dürfte. Es ist davon auszugehen, dass Fragen des Datenschutzes oder ethische Fragen relevante Hindernisse beim weiteren Einsatz von KI durch die Behörden sind. Diese können sich mit dem vermehrten Einsatz von KI voraussichtlich auch weiter akzentuieren.

<sup>8</sup> Diese Umstände müssen bei der Interpretation der Befragungsergebnisse berücksichtigt werden.

Zusammenfassend zeigt sich: Die Chancen von KI sind erkannt. Gleichzeitig steht die Nutzung von KI in der öffentlichen Verwaltung noch am Anfang. In der Verwaltung, bei den Unternehmen und in der Bevölkerung gibt es ambivalente Wahrnehmungen, Erwartungen und Vorbehalte gegenüber KI. Es gibt ein Bedürfnis nach Regulierung und Vorgaben für die Verwaltung. Datenschutzbedenken lassen vermuten, dass in Zukunft die verantwortungsvolle und transparente Kommunikation der Rahmenbedingungen das Vertrauen in den Einsatz von KI unterstützen kann. Bisher hemmen infrastrukturelle und personelle Restriktionen sowie vermutlich auch (datenschutz-)rechtliche Unsicherheiten den breitflächigen Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung.



# Impressum

## Autorinnen und Autoren

Helen Amberg, MA, INTERFACE  
Chiara Büchler, MA, INTERFACE  
Dr. Michael Buess, DemoSCOPE

## DemoSCOPE AG

Klusenstrasse 17  
CH-6043 Adligenswil  
+41 (0)41 375 40 00  
demoscope@demoscope.ch  
demoscope.ch

## INTERFACE Politikstudien

Forschung Beratung AG  
Seidenhofstrasse 12  
CH-6003 Luzern  
+41 (0)41 226 04 26

Rue de Bourg 27  
CH-1003 Lausanne  
+41 (0)21 310 17 90  
luzern@interface-pol.ch  
interface-pol.ch

## Herausgeberin und Auftraggebende

Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)  
Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
CH-3003 Bern  
+41 (0)58 464 79 21  
info@digitale-verwaltung-schweiz.ch  
digitale-verwaltung-schweiz.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)  
Direktion für Standortförderung  
Ressort KMU-Politik  
Holzikofenweg 36  
CH-3003 Bern  
+41 (0)58 462 56 56  
communication@kmu.admin.ch  
seco.admin.ch

## Gestaltung

wapico AG  
Lorrainestrasse 15a  
CH-3013 Bern

Rue des Pilettes 1  
CH-1700 Freiburg

+41 (0)31 330 28 30  
info@wapico.ch  
wapico.ch

## Zitiervorschlag

Amberg, H.; Büchler, C.; Buess, M. (2025): Nationale E-Government-Studie 2025. Schwerpunktbericht KI. INTERFACE Politikstudien Forschung Beratung AG und DemoSCOPE AG, Luzern/Adligenswil.

## Hinweis

Dieser Bericht wurde im Auftrag der Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz und des SECO verfasst. Für den Inhalt sind alleine die Auftraggebenden verantwortlich.



